



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XVIII. Die Weltlage im Jahre 1904.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XVIII

Die Weltlage im Jahre 1904

Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus. II

---

\* XVIII Die Weltlage im Jahre 1904 \*

---

Die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges . . . . .	19
Der Suezkanal und Konstantinopel . . . . .	23
Englischer Frontwechsel . . . . .	26

## Die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges

Es ist schwer zu entscheiden, welches der zwei Hauptereignisse des Jahres 1904, die Niederlage Rußlands im japanischen Kriege oder die Ausöhnung Frankreichs mit Großbritannien, tiefere Spuren in der Geschichte der Menschheit zurückgelassen hat. Im fernen Osten verschoben sich die Machtgewichte zugunsten der gelben Rasse, in Europa fand der seit Ludwig XIV. währende Streit der zwei westeuropäischen Nationen um See- und Kolonialgewalt den vorläufigen Abschluß. Die Gleichzeitigkeit der zwei Ereignisse war kein Zufall. Denn so wie Rußland den europäischen Händeln den Rücken kehrte, um auf die Unterjochung Ostasiens auszugehen, sah sich Frankreich nach einem Bundesgenossen gegen Deutschlands offensündige Übermacht um. Den Briten wieder, von Sorge über den Ausgang des Krieges erfüllt, war der Gedanke, das Zarenreich werde sich bis an die Grenzen Indiens ausdehnen, ebenso unheimlich wie die Gefahr, die ihrer Handels-herrschaft von Deutschland drohte. So trafen sich die zwei Nationen Westeuropas in demselben Wunsche, schlichteten durch die Verträge vom 8. April 1904 ihre Kolonialstreitigkeiten und gelangten in allen großen Fragen zu einem festen Einvernehmen.

Doch waren die wechselseitigen Beziehungen der europäischen Großmächte auch nach der in der Mandschurei gefallenen Entscheidung in einem wichtigen Punkte ungeklärt. Als Rußland sich wieder den europäischen Zielen zuwandte, war es noch unsicher, welcher Kraftgruppe es sich anschließen werde. Zugunsten Deutschlands sprach der Umstand, daß es dem Zarenreiche im Laufe des japanischen Krieges diplomatische und wirtschaftliche Hilfe geleistet, Britannien dagegen ihm seinen bösen Willen gezeigt hatte. Es war für das Deutsche Reich eine Lebensfrage, ob Frieden und Freundschaft mit Rußland bestehen blieb oder ob dieses zu den Westmächten abschwenkte. Jetzt strafte es sich, daß das Berliner Kabinett während des Burenkrieges und des gleichzeitigen Vordringens Rußlands in Ostasien (1899—1903)

sowohl die feste Verbindung mit Rußland als auch die mit Großbritannien und Japan ausgeschlagen hatte. Damals entschied sich die deutsche Regierung in Verkennung der Weltlage für eine Politik der freien Hand, womit sie die Erweiterung ihres Bündnisystems veräußerte (Band I, Seite 319). Da sich England und Rußland damals die Wage hielten, so schien die Politik der wechselnden Gegengewichte, wie Bethmann Hollweg sie 1913 im Reichstage nannte, ebenso gefahrlos als gewinnbringend. Indem aber Deutschland zwei Eisen im Feuer hielt, erweckte es bei beiden Parteien Mißtrauen und den Verdacht, es nähre den Hader unter seinen Nachbarn. Es benützte die Sachlage jedoch nur zur eigenen Kräftigung und schritt von 1900 ab an den Bau einer starken Schlachtflotte. Daraus ergab sich der kaum mehr überbrückbare Gegensatz zu England, und seitdem suchte die deutsche Regierung bei Rußland Rückendeckung.

Es waren Gründe mannigfacher Art, aus denen Wilhelm II. im japanischen Kriege dem östlichen Nachbarn alle nur möglichen Liebesdienste erwies. Er und seine Ratgeber mußten wünschen, daß Rußland seine militärische Kampffront gegen Hinterasien kehrte, so daß sich der von ihm auf Mitteleuropa geübte Druck verminderte. Auch war Kaiser Wilhelm von Abneigung gegen die Japaner wie besessen, sah in der mongolischen Rasse die der europäischen Gesittung drohende Gefahr und glaubte, auf den mandschurischen Schlachtfeldern entscheide sich der Kampf zwischen dem Kreuz und dem Buddhismus. Deutschlands Sicherung an seiner östlichen Grenze war sein Hauptantrieb, mit dem sich die Vorurteile gegen Japan verbanden. Dazu kam, daß Wilhelm in der Zarenmacht eine der Bürgschaften des Sieges des monarchischen Gedankens sah. Mit dem ihm eigenen Überschwange entrollte er in seinem Briefwechsel mit Nikolaus die ihn leitenden, zum Teile berechtigten, zum Teile schiefen Gedankengänge, schmeichelte der Eigenliebe des Zaren als des Vorkämpfers des Christentums gegen die von Osten sich ankündigende Überflutung, ging aber in der Naivität, mit der er ihn auf Eroberungen im Osten hindrängte, so weit, daß Deutschlands Interesse daran auch einem stumpfen Sinne deutlich werden mußte. Gesprochene oder geschriebene Worte haben aber nie die Wirkung wie Taten; das Entscheidende war, daß Deutschland die Russen durch Lieferung von Waffen und Kohle bis an die äußerste Grenze der eigenen Neutralität unterstützte. Ohne eine Gegenleistung zu fordern, ohne durch Abschluß eines

Bündnisses für die Zukunft zu sorgen, ermöglichte die deutsche Regierung der russischen nicht bloß die Entblößung der Westgrenze, sondern stellte sich neben sie als zuverlässige Freundin und Genossin.

Da wurde das Berliner Kabinett durch die Kriegsdrohung Großbritanniens vom 24. August 1904 aufgeschreckt: so kam England dem japanischen Bundesgenossen zu Hilfe, um den Kohlenlieferungen für die russische Flotte ein Ende zu machen, durch welche allein die Fahrt der russischen Ostseeflotte nach Ostasien ermöglicht wurde. Von jetzt an warb die deutsche Regierung um einen Bundesvertrag mit Rußland; sein eigener Handel, seine junge Kriegsslotte standen unter den Kanonen der britischen Schlachtschiffe. Der Zar ging auf den Wunsch Deutschlands ein und forderte den Kaiser zum Entwurf eines Vertrages auf, den ihm dieser am 30. Oktober sandte. „Wir wollen zusammenhalten“, stand in dem Geleitbrief Wilhelms. „Das Bündnis würde natürlich rein defensiv sein und sich ausschließlich gegen einen europäischen Angreifer oder mehrere richten, in der Gestalt einer gegenseitigen Feuerversicherungsgesellschaft gegen Brandstiftung.“ Die Absicht Wilhelms und Bülow's war, Frankreich sei vom Zaren zum Beitritt einzuladen, auf daß es sich zwischen Rußland und England entscheide; denn „Clemenceau und alles übrige Lumpengesindel“, so schrieb der Kaiser am 30. Oktober 1904 an den Zaren, sträubten sich gegen die Erfüllung der dem russischen Bundesgenossen schuldigen Vertragspflichten. Auf diesem Wege wollte die deutsche Regierung Frankreich in ein dreieckiges Verhältnis hineinziehen, welches den Deutschen den Besitz Elsaß-Lothringens dauernd sichern sollte<sup>1)</sup>. Aber so vorsichtig auch Kaiser Wilhelm den deutsch-russischen Vertrag faßte, er erlebte doch eine schwere Enttäuschung. Deutschland hatte sich völlig verausgabt, den Russen alle nur erwünschten Dienste geleistet und die Ratgeber des Zaren waren nicht gewillt, sich ihrerseits zu binden. Wie immer der Zar über die Sache gedacht haben mag: sein Minister des Auseren, Graf Lambsdorff, hintertrieb den Abschluß eines Bündnisses, offenbar um den französischen Freund nicht zu verletzen, der eigentlich ein so treuer Vasall war, wie es das Deutsche Reich nie

<sup>1)</sup> Vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 (Berlin 1920), Seite 131. Am 31. Oktober fand über den Gegenstand bei Bülow eine Beratung statt, der Holstein, der Generalstabschef Schlieffen und Tirpitz beigezogen waren. Holstein verteidigte den Plan eines Bündnisses mit Rußland und Frankreich, Tirpitz sprach sich dagegen aus (Tirpitz, Erinnerungen, Seite 143).

werden konnte. Rußland ließ sich bloß zu einer dem Berliner Kabinett gegebenen Erklärung bereit finden, daß es Deutschland in jeder aus den Kohlenlieferungen sich ergebenden Verwicklung unterstützen werde. Das war das mindeste, was es zu tun verpflichtet war, eine Zusicherung bloß für den vorliegenden Fall und für die Dauer des gegenwärtigen Krieges. Wohl eröffnete der Zar seinem kaiserlichen Freunde, man könnte auch einem Vertrage nähertreten, jedoch nur derart, daß Frankreich zur Unterhandlung herangezogen werde. Darauf aber ging Wilhelm nicht ein. Jene Erklärung Rußlands befriedigte ihn; er schrieb am 21. Dezember in würdigem Tone: „Es ist trotzdem nicht meine Absicht, Dir eine Lösung aufzudrängen, die Dir unerwünscht scheinen mag. Wir werden unter allen Umständen treue und loyale Freunde bleiben.“ Das Heranziehen der französischen Regierung aber lehnte er aus einem Grunde ab, der in seinem überreizten monarchischen Bewußtsein wurzelte: „Meine Meinung über den Vertrag ist noch dieselbe; es ist unmöglich, Frankreich in unser Vertrauen zu ziehen, bevor wir zu einer definitiven Regelung gekommen sind. Loubet und Delcassé sind zweifellos erfahrene Staatsmänner, aber da sie keine Fürsten oder Kaiser sind, bin ich nicht in der Lage, sie — in einer Vertrauensfrage wie diese — auf denselben Fuß zu stellen wie Dich, meinesgleichen, meinen Vetter und Freund<sup>1)</sup>“, Worte, die eine völlige Verkennung des Wesens der äußeren Politik beweisen. Wenn Kardinal Richelieu mit den deutschen Protestanten, Ludwig XIV., der allerchristlichste König, mit dem Sultan Geheimverträge schloß, wenn Cabour seinem Könige riet, die einzige Tochter mit dem Prinzen Napoleon zu vermählen, wenn Bismarck der Republik von Frankreich den Vorzug vor dem Königtum gab, wenn der Zar nur in der Staatsform Frankreichs eine Minderung seiner Bündnisfähigkeit sah, so durfte Wilhelm II., falls Deutschland daraus Vorteil zog, nicht zögern, auch mit den französischen Staatsmännern zu unterhandeln. Es ist wohl richtig, daß diese, schon mit Rücksicht auf das soeben mit England geschlossene Einvernehmen, das Bündnis voraussichtlich vereitelt haben würden; das war aber kein Grund, den Faden abreißen zu lassen, kaum daß er geknüpft war. Es ist dies einer der Kunstfehler der deutschen Diplomatie, die zur Vereinsamung des Reiches führten. Es war schon ein Mißerfolg, daß das mächtige Deutschland bei dem in der Mandschurei halbbesiegten Rußland vergebens um ein Bündnis warb. Die

<sup>1)</sup> Briefe Wilhelms II., S. 153.

Beweggründe, die den russischen Minister des Außeren, Grafen Lambsdorff, zur Ablehnung bestimmten, lagen nicht bloß in dem Bündnisse mit Frankreich, auf dessen Hilfe Rußland angewiesen war. Er hielt es außerdem für überflüssig, sich zu allen anderen Sorgen noch mit der zu belasten, die aus dem deutsch-englischen Gegensatze entsprang. Weßhalb die öffentliche Meinung Großbritanniens noch mehr reizen, indem sich der Petersburger Hof mit dem Berliner verband? So ließ sich Rußland auch weiterhin von Deutschland alle Freundschaftsdienste gegen Japan leisten, ohne für die Zukunft eine Verpflichtung auf sich zu nehmen. Die Beziehungen der beiden Kabinette blieben indessen so warm wie bisher: auch wiederholte Wilhelm II., wie wir sehen werden, gelegentlich der Zusammenkunft von Björköe (23. und 24. Juli 1905) den im Jahre vorher mißglückten Versuch, scheinbar mit besserem Erfolge. Damals huschte der Schatten des Dreikaiserbündnisses noch einmal über die politische Bühne, um darauf völlig zu verschwinden.

\*

## Der Suezkanal und Konstantinopel

Der Ausgleich mit Frankreich wurde von König Eduard und seinen Ministern in der Absicht betrieben, gegen Deutschland die Hände frei zu bekommen. Das Abkommen zeitigte aber auch das wichtige Ergebnis, daß England nicht mehr für den Suezkanal fürchten mußte, da Frankreich in dem Vertrage die lästige Forderung nach Räumung Ägyptens fallen ließ. So stark hatte vor 1904 dieser Druck auf England gelastet, daß es bis dahin die stärkste seiner Flotten dauernd im Mittelländischen Meere beließ, mit Malta als Stützpunkt. Nicht der Armeekanal und die Nordsee wurden damals am sorgsamsten verwahrt, sondern die Gewässer, durch die der Weg zum Suezkanal und nach Indien ging; 12 Schlachtschiffe, 5 große und 12 kleine Kreuzer nebst vielen anderen Fahrzeugen hielten die Wacht. Sie behielten auch Konstantinopel und die Dardanellen im Auge, sorgten ebenso dafür, daß Rußland den Meerengenvertrag nicht verleihe, wie andererseits, daß dem Sultan die Lust verging, von seiner völkerrechtlich verbrieften



Oberlehns Herrschaft über Ägypten auch nur ein Wort zu sprechen. Die ganze Flottenverteilung trug der welthistorischen Tatsache Rechnung, die durch den Bau des Suezkanals gesetzt worden war.

Durch die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien (1498) war die ehemalige Bedeutung Ägyptens für den Welthandel gesunken, das Mittelländische Meer stand nicht mehr im Lebensmittelpunkt der Kulturvölker, wogegen der Atlantische Ozean an Wichtigkeit gewann. Jetzt aber stellte die Fahrt durch den Suezkanal bis zu einem gewissen Grade die frühere Gruppierung wieder her. England, das ursprünglich von der neuen Wasserstraße Einbußen befürchtet hatte, bereitete dem Bau jedes nur mögliche Hindernis. Umgekehrt förderte Napoleon III. die Pläne Lesseps' zur Durchbohrung der Landenge von Suez, von der er für Frankreich als Mittelmeermacht erheblichen Vorteil erhoffte. Tatsächlich setzten die Franzosen vor und während des Kanalbaus festen Fuß in Ägypten; die Vizekönige des Landes bezogen aus Paris ihren Bedarf an Zivilisation. Sobald aber die Wasserstraße fertiggestellt war, rechnete England mit der neuen Tatsache und ließ die Erwerbung Ägyptens nicht mehr aus dem Auge. Dilke empfahl sie schon 1869 dem englischen Unterhause, Disraeli bahnte sie 1875 durch den Kauf der Suezkanalaktien an. Wohl hatte Gladstone, 1880 Premierminister geworden, für die Größe der Sache nicht den Blick, aber Chamberlain und Hartington, Mitglieder seines Kabinetts, drangen mit dem Unterstaatssekretär Dilke so kräftig in ihn, daß er zuletzt in die Besitznahme willigte. Früher als er, gleich beim Ausbruch der Unruhen in Ägypten, erklärte sich die öffentliche Meinung Englands für rücksichtsloses Eingreifen. Die am Ruder befindliche liberale Partei hätte durch ihre sogenannten Grundsätze von dem Anschlage auf ein sich selbst regierendes Land abgehalten werden sollen; indessen trug Dilke am 14. Juni 1881 in sein Tagebuch die Worte ein: „Unsere Partei im Unterhause ist in bezug auf Ägypten ganz Jingo. Sie wollen schlechterdings irgendwen totschiagen. Sie wissen nur nicht, wen<sup>1)</sup>.“ Trotz gegenteiligen wiederholten Zusagen der Regierung dachte nach der Besetzung niemand mehr ernstlich an das Aufgeben des Landes. Man hat den Bau des Suezkanals mit gutem Grunde den ersten Anstoß zur imperialistischen Bewegung in England genannt.

Mit diesem Ereignisse verschob sich der Schwerpunkt der Weltpolitik von Konstantinopel nach Ägypten. Als England überdies von

<sup>1)</sup> The Life of Sir Charles Dilke von Gwynn und Euckwell, London, 1917.

1896 bis 1898 den Sudan eroberte und Cecil Rhodes die Unterwerfung von ganz Südafrika in Angriff nahm, wurde das Öffnen und Schließen der Dardanellen für Britannien eine Frage zweiter Ordnung. Zulezt, als der Gedanke der Verbindung des anglo-afrikanischen und des anglo-indischen Reiches auftauchte, stand den Briten der türkische Sultan im Wege, da er über die Landbrücke von Mesopotamien und Arabien verfügte. Abgesehen davon, war die Türkei von jetzt ab ein bequem sich anbietender Teilungsgegenstand, um mit Franzosen, Italienern und Russen politische Geschäfte zu machen. Dieses Ziel ins Auge fassend, ließ sich England weder durch geschichtliche Überlieferungen noch durch Gefühlseligkeiten auf seinem Wege heirren.

Die Abwendung Englands von der Türkei wurde von Gladstone schon seit dem russisch-türkischen Kriege empfohlen, indessen schritt Britannien erst zur Zeit der armenischen Greuel (1895) zur Tat. Salisbury schlug den Mächten zunächst Armeniens Losreißung von der Herrschaft des Sultans vor. Derselbe Staatsmann, der 1878 und 1887 der Türkei mit den Waffen Beistand zu leisten bereit gewesen war, gab 1896 den Russen zu verstehen, er hätte nichts dagegen, wenn sie nach Konstantinopel griffen; er sagte damals in öffentlicher Rede: „Konstantinopel hat jetzt weniger Interesse für uns als ehemals. Für uns liegt die Pforte zum Orient in Ägypten, im Suez; und wenn Rußland unseren Besitz in Ägypten anerkennen will, so sehen wir kein Hindernis gegen seine Niederlassung in Konstantinopel — eines schönen Tages<sup>1)</sup>.“ Man weiß heute, daß Salisbury bei einer persönlichen Begegnung dem Kaiser Wilhelm am 8. August 1895 die Teilung der Türkei angeboten hat und durch die Ablehnung arg verstimmt worden ist<sup>2)</sup>. So gründlich hatte Salisbury seit 1887 umgelernt. Für ihn war, wie auch aus der obigen Rede hervorgeht, das Wechselverhältnis zwischen Konstantinopel und dem Suezkanal maßgebend, nicht etwa die moralische Entrüstung über die türkischen Grausamkeiten, was bei Gladstone mitsprach. Er war ein wetterharter Brite und machte

<sup>1)</sup> So nach Herm. Oncken, „Das alte und das neue Mitteleuropa“, Gotha, 1917, S. 66, 67. Vgl. auch Justus Haspagan „Umriss der Weltpolitik“, 2. Auflage, Leipzig, 1918; I, S. 97—103.

<sup>2)</sup> H. Febr. v. Eckardstein, „Lebenserinnerungen“, I, S. 211. Die Absicht Salisbury war, die Verbindung Deutschlands mit Rußland aufzulösen und, während der junge Zar und Lobanow Ostasien zum Ziel ihrer Ausdehnungspolitik machten, in der Türkei ein Feuer anzublasen.

aus seinen Zweifeln an den modernen Idealen kein Gehl, wodurch er nicht selten die jüngeren, demokratisch angehauchten Mitglieder seiner Partei verletzete; sie verargten es ihm, wenn er, sich gehen lassend, über die Lieblings Schlagworte des Tages seinen Spott ausgoß. Schien es notwendig, Reformen im Innern anzubahnen, so stimmte er oft nur zögernd und mit ironischen Seitenblicken auf die unbequemen Dränger zu<sup>1)</sup>. Doch auch Salisbury, wiewohl sonst Skeptiker, hatte seine Religion, und das war der Glaube an die Macht und die Größe Englands. In dieser Gesinnung warf er die Grundsätze seiner früheren Balkan- und Dardanellenpolitik über Bord. So erforderte es die veränderte Weltlage, in die er ebenso umsichtig eingriff, wie er gemeinsam mit Disraeli Konstantinopel gegen die Russen verteidigt hatte.

Mit dem Bau des Suezkanals endete die Periode, die mit der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien begonnen hatte. Es läßt sich nur ahnen, was der neue Zeitabschnitt noch in seinem Schoße bergen mag. Wichtiger als alle Grenzstreitigkeiten unter den europäischen Staaten ist der veränderte Zug des Welthandels auf den Meeren.

\*

## Englischer Frontwechsel

Von der Besitznahme Ägyptens bis zum Ausgleich mit Frankreich war die europäische Politik Großbritanniens vorwiegend durch die Verhältnisse im Mittelländischen Meere bestimmt. Während dieses Zeitraumes vollzog sich aber der wundervolle Aufschwung Deutschlands mit dem Vordringen seiner Industrie auf den überseeischen Märkten und selbst auf dem Boden Altenglands, überhaupt sein Aufstieg zur zweiten Handelsmacht der Welt; die Krönung des Ganzen bildete der Beginn des Baues einer Schlachtflotte durch das Gesetz von 1900. Seitdem legte Deutschland jährlich im Durchschnitt drei große Panzerschiffe auf Kiel, um zum Schlusse des Jahres 1917 über 34 Schlachtschiffe und die entsprechende Anzahl von Kreuzern, Torpedoschiffen und anderen Einheiten zu verfügen. Bis zu Beginn

<sup>1)</sup> Vgl. seine Charakteristik in dem ihm gewidmeten Artikel der „National Biography“.

des 20. Jahrhunderts hielt sich England nach dem Grundsatz der „Zwei-Mächte-Stärke“ (two power standard) für seine Flottenrüstung an die vereinigten Streitkräfte Frankreichs und Russlands als Maßstab. Als aber Deutschland sich vermaß, für sich allein ihm an die Seite zu treten, als den Briten die Sorge aufstieg, der rüstige Nebenbuhler könnte dereinst die England mit seinen Kolonien verbindenden Schifffahrtslinien durchschneiden, nahmen sie rasch entschlossen den Wettbewerb auf und schritten zu einem vollständigen Frontwechsel sowohl ihrer Bündnis- wie ihrer Flottenpolitik. Im Dezember 1904 kündigte die englische Regierung dem Parlament die bevorstehende Umgruppierung der Kriegsslotte an, und das ist das dritte weltpolitisch bedeutsame Ereignis des Jahres. Darnach verlegte Großbritannien seinen maritimen Schwerpunkt nach den heimischen Gewässern, zumal nach der Nordsee. Und da sich Deutschland durch den Ausbau seiner Stützpunkte Wilhelmshaven und Helgoland die Küsten desselben Meeres zum Waffenplatz erkor, sammelte sich an der Nordsee ein gewaltiger Vorrat an politischer Elektrizität, der über kurz oder lang zur Entladung kommen mußte. Bei der bisherigen Flottenverteilung waren Malta und Gibraltar die zwei Hauptstationen der englischen Streitkräfte, mit Hinblick darauf, daß die Franzosen den Hauptteil ihrer Schlachtflotte in Toulon liegen hatten. Von Gibraltar aus behielten die Briten den Atlantischen Ozean im Auge, diese Vordertreppe der Welt, wie sich Tirpitz anschaulich ausdrückt. Außerdem besaßen sie kleinere Geschwader in verschiedenen Gewässern des Erdballs, ein größeres in Ostasien, das schon Indiens wegen in gutem Stande gehalten wurde. Die Heimatflotte in Südengland aber bestand aus einer nicht großen Anzahl von zumeist älteren Schiffen; auch die an der irischen Küste stationierte Kanallotte stand hinter der im Mittelländischen Meere an Stärke zurück: so sicher fühlte sich Britannien auf seiner Insel.

Der Flottenplan von 1904 paßte sich dem geänderten Weltbilde genau an. Die Zusammenfassung der Macht an den Küsten Englands wurde so sehr die Hauptsache, daß schon damals die Absicht gefaßt wurde, das ostasiatische Geschwader aufzulösen und statt seiner nur einzelne Stationschiffe dort zu belassen; und dieser Vorsatz kam in den nächsten Jahren zur Ausführung. Die Vernichtung der Flotte des Zaren in der Tsushima-Schlacht wendete die russische Gefahr von Indien ab, und das Bündnis mit Japan von 1905 nahm auf den Schutz des

Zuwels unter den englischen Kolonien gebührend Rücksicht. Die Entblößung Ostasiens von britischen Schiffen erweckte in Australien, wo man in Japan mehr eine Gefahr als einen Schutz erblickte, große Unzufriedenheit. Gleichviel: Großbritannien legte das Hauptgewicht darauf, in Nordeuropa so stark wie möglich aufzutreten. Das Mitteländische Meer wurde deshalb nicht etwa aus dem Auge gelassen. In Malta blieb noch immer ein ansehnliches, aber im Vergleiche zur früheren Organisation vermindertes Geschwader.

Um so mächtiger wurde die Seewehr in den heimischen Gewässern. An Stelle der bisherigen Heimatflotte kam ein Geschwader von 12, kurz darauf von 15 Schlachtschiffen neben sechs Panzerkreuzern und einer großen Anzahl leichter Fahrzeuge. Schon diese Flotte war der deutschen überlegen, sie erhielt aber noch einen Rückhalt an der in Gibraltar liegenden sogenannten Atlantischen Flotte, die binnen wenigen Tagen an die englische Küste gezogen werden konnte. Gegen Deutschland war also nötigenfalls immer eine gewaltige Übermacht bereit. Mehr als je wurde also Gibraltar Flottenstützpunkt. Von dort schaute Albion nach dem Westen aus, wo sich die Seerüstung der Vereinigten Staaten von Jahr zu Jahr verstärkte. Alte Schlachtschiffe wurden nach Europa gezogen, während in den anderen Weltteilen neue Panzerkreuzer, Torpedos und Unterseeboote ständig Wacht hielten. Es war ein Frontwechsel von epochemachender Bedeutung<sup>1)</sup>.

Wie bei allen folgenschweren Entschlüssen wirkten auch hier mehrere Beweggründe zusammen, neben den weltpolitischen auch marine-technische. Zu jener Zeit begann nämlich der Bau der neuen Riesenschiffe, von deren erstem, dem Dreadnought, die ganze Klasse ihren Namen erhielt; dieser Panzer von 18 000 Tonnen, auf Anregung des Seelords Sir John Fisher erbaut, glitt 1906 ins Meer, worauf Deutschland 1908 mit der „Nassau“ folgte. Den gewaltigen Geschützen dieser Fahrzeuge waren die älteren Panzerschiffe nicht gewachsen und wurden somit für künftige Seeschlachten fast wertlos. Nun besaß England in allen Schiffsgattungen von alters her das Übergewicht, konnte aber von den meisten derselben nur nebenher Gebrauch machen. Viele Fahrzeuge wurden überhaupt unwendbar, so daß die Regierung 1905 dem Parlament mitteilte, die Marineverwaltung habe 160 Ein-

<sup>1)</sup> Graf Ernst zu Reventlow, „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914“, 4. Auflage, Berlin, 1916, S. 243. — Hans Plehn, „Die britischen Wehrfragen und die Reichskonferenz von 1909“ in der Marinerundschau, 1910, 1. Heft.

heiten, meist kleinere Fahrzeuge, ausscheiden müssen. Das Überaltern von früher immer noch wichtigen Streitmitteln und die Verminderung der Schiffszahl setzten England außer stand, auf allen Meeren der Erde seine Flagge sehen zu lassen. Nun traten wohl die Kolonien, Australien und Kanada, in die Bresche und begannen selbst mit dem Bau von Kriegsschiffen; das geschah aber nicht ausreichend und änderte für England nichts an der Notwendigkeit, die entfernteren Meere außer Obhut zu lassen, während es durch die neuen Dreadnoughts das Übergewicht in Europa bewahrte. Der Marineminister Tweedmouth konnte zur Beruhigung mitteilen, England werde 1910 bereits acht bis neun Dreadnoughts ausgerüstet haben, Deutschland erst vier, Frankreich zwei.

Die Zwischenfrage liegt nahe, weshalb ein Mann von der Einsicht und Erfahrung des ersten Seelords, Admirals Fisher, den Anstoß zu einer England beeinträchtigenden Änderung im Schiffbau geben konnte. Er hatte aber zwei Gründe für sich. Auf der einen Seite nahm er an, Deutschland werde finanziell nicht stark genug sein, um den Übergang zum Dreadnoughtbau mitzumachen, so daß seine Flotte in offener Seeschlacht von vornherein verloren sein mußte. Dann aber glaubte Fisher, die Deutschen würden auch deshalb nicht an den Bau der Riesenschiffe schreiten, weil der Nordostseefanal für deren Fahrt nicht tief und nicht breit genug war; durch diese Wasserstraße war in jedem Augenblicke eine Vereinigung ihrer gesamten Streitkräfte, sei es in der Nord- oder in der Ostsee, möglich, die geteilt bleiben mußten, wenn sie in beiden Meeren Dreadnoughts hielten. Diese Rechnung der englischen Admiralität erwies sich sehr bald als falsch, da Deutschland nicht bloß reich genug war, um die größten Schiffe auszurüsten, sondern auch tatkräftig genug, um den Nordostseefanal gänzlich umzubauen und ihm die notwendige Tiefe wie Breite zu geben. Das war die schwere Enttäuschung, die das mächtig aufstrebende Deutschland seinem Nebenbuhler bereitete.

Diese letzte Wendung vollzog sich indessen erst in den nächsten Jahren. 1904 waren erst wenige Jahre verflossen, seit Deutschland Schlachtschiffe baute, es verfügte damals nur über eine Flotte, die den vierten Teil der englischen betrug. Trotzdem erregte es bereits die Eifersucht der Briten, in denen schon deshalb Bitterkeit aufstieg, weil sie genötigt waren, um Deutschlands willen ihre Organisation zu ändern und ihre Kriegsschiffe aus dem Großen Ozean fast ganz herauszuziehen. Es war töricht, von einer Bedrohung der eng-

lischen Küste durch die deutschen Seestreitkräfte zu sprechen, Tatsache jedoch, daß Britanniens Seegeltung auf dem Erdenrund dadurch gemindert war, daß es in den fernen Ozeanen nicht mehr so gewaltig auftreten konnte wie ehemals.

Aus diesen Gedankengängen entsprang der Plan, sich jählings auf den Nebenbuhler zu stürzen und seiner Flotte mit einem Schlage den Garauß zu machen. Das stellte der Zivillord der Admiralität Arthur Lee in der bereits (I, Seite 460) erwähnten Rede vom 3. Februar 1905 in Aussicht, in der er in den Ruf ausbrach: „Gesegnet ist derjenige, der den ersten Schlag führt!“ Das Verfahren der Japaner beim Kriegsausbruch von 1904 wurde von ihm empfohlen, so daß die feindliche Flotte schon in dem Augenblicke vernichtet sein könne, wenn man auf dem Festlande die englische Kriegserklärung in der Zeitung lese. Diese Rede entsprang nicht etwa dem unüberlegten Ungefühle eines jugendlichen Mitgliedes der Regierung, das von sich sprechen machen wollte, wie der Führer der Opposition, Campbell-Bannerman, unwillig bemerkte. Denn ungefähr zur selben Zeit schlug Sir John Fisher dem englischen König vor, das furchtbare Beispiel von 1801 und 1807 nachzuahmen, und wie damals vor Kopenhagen jetzt in den deutschen Kriegshäfen überraschend zu erscheinen und die Flotte des Nebenbuhlers zu zerstören. Und auch bei Admiral Fisher handelte es sich nicht um einen flüchtigen Einfall, denn der erste Seelord kam 1908 auf seinen Vorschlag mit neuen Gründen zurück. Auch weiterhin hielt er dieses Verfahren für zweckmäßig; denn in seinen, nach seinem Tode 1919 erschienenen Erinnerungen macht er den Lenkern des britischen Reiches den Vorwurf, sie hätten, statt rechtzeitig der Schlange das Haupt wegzuschlagen, es darauf ankommen lassen, daß sich Großbritannien erst durch einen langen, schweren Krieg des Feindes erwehren mußte<sup>1)</sup>. König Eduard ging auf den Vorschlag nicht ein, er ist nie Gegenstand eines Ministerrates geworden, da der König entweder selbst vor dem ruchlosen Zuschlagen zurückscheute oder vorausberechnete, seine verantwortlichen Ratgeber würden zu dem Furchtbaren nicht ihre Einwilligung geben. Der stärkste sachliche Grund für die Zurückhaltung Englands lag übrigens darin, daß es unklug gewesen wäre, den Krieg mit Deutschland zu beginnen, bevor es mit Sicherheit auf festländische Bundesgenossen zählen konnte. Wohl war vielleicht Frankreich für den Krieg zu gewinnen; nicht aber Rußland,

<sup>1)</sup> Memories by admiral of the fleet, Lord Fisher, S. 19 u. a. O.

daß in Ostasien die Hände voll zu tun hatte. Fehlte aber die Voraussetzung eines Zweifrontenkrieges in Mitteleuropa, so wagte England doch zu viel: es ist erst bei dieser Weltlage am 4. August 1914 auf den Kampfplatz getreten. Wir sind über die Eduard VII. und seine Minister 1905 leitenden Gedanken in diesem Punkte nicht unterrichtet; Fisher aber urteilte und plante ganz im Sinne Altenglands, daß 1801 mitten im Frieden den Dänen ihre Flotte geraubt, 1882 durch die grundlose, lange vorher erwogene Beschließung Alexandrias seine Macht mühelos erweitert hatte (Bd. I, S. 49). In der Admiralität wie im Heere war, wie wir sehen werden, Fishers Gesinnung weit verbreitet, öffentlich jedoch sprach man nicht davon, da das Gewissen der Nation sich gegen den Anschlag aufgelehnt hätte. Das Bekenntnis des ersten Seelords gleicht aber einem die Landschaft erhellenden Blitzstrahl; im Jahre 1919 erfuhr auch die weite Öffentlichkeit, an welchem Abgrund jedes Volk steht, in dem die britische Admiralität den Feind sieht.

So tief griffen die wichtigen Vorfälle des Jahres 1904 in den Weltenlauf ein. Es war ein Frontwechsel auf der ganzen Linie, wie es überhaupt im Wesen der britischen Politik liegt, im Gewollten bis ans Ende zu gehen. Die Ausöhnung mit Frankreich und die neue Gruppierung seiner Seestreitkräfte hingen eng zusammen, damit auch die Vertiefung des Bündnisses mit Japan. Es war ein Zeugnis britischer Staatsklugheit, daß es um so wichtiger Dinge willen den Franzosen Marokko überließ. Dieses Land war nicht Eigentum Englands, es gehörte aber zu seinen wohlerprobten Methoden, durch Teilungsverträge dieser Art den Staat, dessen Bundeshilfe erwünscht war, in seine Kreise zu ziehen. Das Zweckmäßige an der Sache war, daß die Kosten dabei von einem Dritten bestritten wurden, in diesem Falle vom marokkanischen Sultan. In derselben Weise war mit Italien Halbpakt gemacht worden, wobei Abessinien zum Opfer fallen sollte (Bd. I, S. 181). In diese Reihe gehört auch das mit Deutschland 1898 über die Teilung der portugiesischen Besitzungen in Afrika geschlossene Abkommen; durch lange Jahre bis zum Weltkriege wurde der Röder dem Berliner Kabinett hingehalten. Aber keines dieser Geschäfte reicht an Wichtigkeit an das über Ägypten und Marokko heran, diesen Einschnitt, mit dem ein neues Zeitalter anhebt. Seitdem entwickelte sich das Verfahren Englands zu einem förmlichen System. Persien wurde 1907 das Opfer; im Weltkriege fiel den Japanern als Lohn Kiautschou



zu; das deutsche Südwestafrika war gleichzeitig die Lockspeise für die Partei Bothas im Kaplande; den Russen ward Konstantinopel zugesprochen, den Italienern Welschtirol, Triest und Dalmatien. Das waren zweckmäßige Mittel zur Aufrechthaltung der Seeherrschaft Englands, das dabei unerbittlich über unabhängige Völker hinwegschritt. Meisterhaft wurde der Pazifismus als Deckmantel verwendet und eine weitere Verfeinerung trat durch das Ausspinnen der Idee des Völkerbundes hinzu. Die Taten Englands waren zum Greifen klar; dennoch ließen sich die beschränkten Köpfe in allen Ländern durch die Rhetorik der britischen Staatsmänner täuschen. Wohl schwang sich Deutschland in überraschendem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt der ehemals allein gebietenden Handelsmacht an die Seite; diese aber schlug den Nebenbuhler durch das geschickte Spiel ihrer äußeren Politik. Die in Jahrhunderten erlangte Übung des Herrschens überwand das aufstrebende Deutsche Reich, dessen Regierung noch in den Anfangsgründen der großen Politik stak. Im mandschurischen Kriege arbeitete für das ruhig zuwartende England die Weltgeschichte, beim Vertrage mit Frankreich 1904 die Klugheit seiner Staatsmänner. Von da beginnen die Jahre der britischen Vorherrschaft auf der östlichen Halbkugel der Erde, die nach der langen, Europa gegönnten Friedensperiode ausgefüllt waren durch stete Unruhe und drohende Kriegsgefahr, bis sich das Ungewitter über den Erdball entlud.